



Unzuverlässige Solarenergie und Windenergie gefährden die deutsche Industriegesellschaft und schädigen den Verbraucher

Gemeinsame Presseerklärung der Verbraucherschutzvereine EIKE e.V., FEWB e.V., Hausgeld-Vergleich e.V., NAEB e.V. anlässlich der Verleihung des

- EIKE e.V. - Europäisches Institut für Klima und Energie
- FEWB e.V. - Verein zur Förderung energieeffizienter wirtschaftlicher Bausysteme
- Hausgeld-Vergleich e.V. - Schutzgemeinschaft für Wohnungseigentümer und Mieter
- NAEB e.V. - nationale anti-EEG-Bewegung <http://www.NAEB.info>

Anlässlich der Verleihung des "Verbraucherschutz-Awards" an den Wirtschaftsredakteur Daniel G. Wetzel von "Die WELT", "WELT am Sonntag" und "Berliner Morgenpost" für seinen herausragenden Aufklärungsbericht "Der große Solarschwindel" waren sich die Verbraucherschutzvereine EIKE, FEWB, Hausgeld-Vergleich und naeb in Berlin einig, dass die Energiewende der Bundesregierung in einem wirtschaftlichen Fiasko für Deutschland enden wird.

Die Gründe der vier Verbraucherschutzvereine sind:

1. Solar- und Windenergie sind unzuverlässig und deshalb nicht in der Lage, für die erforderliche kontinuierliche Strombelieferung der Wirtschaft und des Verbrauchers zu sorgen.

2. Daher müssen zur Versorgungssicherheit Solar- und Windenergieanlagen zu 100% durch zuverlässig arbeitende Stromkraftwerke konventioneller Art als Reserve abgesichert werden für den Fall, dass Windkraftwerke und Sonnenkraftwerke nicht liefern. Solch ein System führt zu volkswirtschaftlich unsinnigen Doppel-Investitionen, die die deutsche Industrie und der Verbraucher zu bezahlen hat.

3. Wind hat ebenso wie die Sonne eine zu geringe Leistungsdichte. Deshalb sind, um aus ihnen Energie zu gewinnen, ein hoher Flächenverbrauch und hoher Materialaufwand erforderlich. Daraus folgt, dass durch Wind und Sonne gewonnener Strom auf Dauer nur unverhältnismäßig teuer zur Verfügung gestellt werden kann.

4. Wind- und Sonnenenergie erzeugen unbrauchbare Leistungsspitzen, die in Deutschland nicht verwertbar oder speicherbar sind und deshalb derzeit nur zu sogenannten "Negativpreisen" an aufnahmefähige Nachbarländer abgegeben werden können.

5. Der bereits subventionierte Ausbau von Solar- und Windenergie erfordert weitere enorme volkswirtschaftliche Investitionen in neue nationale und regionale Leitungsnetze, die sowohl den Wirtschaftsstandort Deutschland als auch den deutschen Verbraucher gegenüber unseren Nachbarn finanziell zusätzlich und unzumutbar benachteiligen.

6. Für eine zuverlässige Stromversorgung sind nur konventionelle Kraftwerke geeignet, Solaranlagen und Windanlagen sind also überflüssig und noch mehr davon erst recht.

7. Die Erhöhung des Wirkungsgrades der konventionellen Kraftwerke von 35% auf 45% liefert mehr verlässlichen Strom als alle regenerativen Anlagen, ohne mehr fossile Brennstoffe einzusetzen.

Deshalb stimmen die vier Vereine darin überein, dass die "Energiewende" der Bundesregierung ein undurchdachter politischer Schnellschuss ist, der die Energiesicherheit Deutschlands gefährdet und volkswirtschaftlichen Schaden anrichtet. Weitere Information unter <http://www.Stromlüge.de>

Das EEG (Erneuerbare Energien-Gesetz) ist in der derzeitigen Fassung aufzuheben.

Dr. K. P. Krause
Pressesprecher NAEB e.V.

Pressekontakt

NAEB Nationale anti-EEG Bewegung e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Waldseeweg 28
13467 Berlin

NAEB.info
info@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Nationale anti-EEG Bewegung e.V.

Herr Prof.Dr. Hans-Günter Appel
Waldseeweg 28
13467 Berlin

NAEB.info
Hans-Guenter.Appel@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie/Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. naeb e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

